

Unsere letzte Betriebsversammlung nahm einen anderen Verlauf als die Vorrangegangenen. Zu Themen wie den Betriebsratswahlen, das Tarifergebnis und dem 24-Stunden Warnstreik wurden mit mehr als nur auseinanderliegenden Argumenten ausgetragen. Hierbei entstanden doch eine Menge Ungereimtheiten, die wir an dieser Stelle noch einmal reflektieren wollen. Um zu verdeutlichen dass es zwingend erforderlich ist, dass wir als Belegschaft uns mit den Geschehnissen auseinandersetzen müssen! Alleine aus dem Grund heraus für eine freie Meinungsäußerung, gemäß des Deutschen Grundgesetzes einzutreten.

Hier nochmals die anstößigen Punkte!

Die IG Metallfraktion nimmt den Erfolg des 24 Stunden Warnstreiks allein für sich in Anspruch.

Wir, die **alternative**, hatten Unterstützung und Hilfe der Vertrauenskörperleitung angeboten!

Somit wäre es sinnvoller gewesen, die alternative und all die anderen Kollegen die sich einbringen wollten, nicht auszuschließen.

Die Satzung der IGM sagt unter **§ 2 Aufgaben und Ziele der IG Metall Abs. 1:**

Zusammenschluss aller im Organisationsbereich der IG Metall Beschäftigten zum gemeinsamen Handeln; sie bezieht alle Mitglieder zur Unterstützung mit ein.

Wie ist das Tarifergebnis zu bewerten?

Wir sollten über jedes Tarifergebnis auf der Betriebsversammlung diskutieren können und dürfen. Es soll allen Kollegen die Möglichkeit gegeben werden, verschiedene Argumente kennenzulernen und nicht nur Redezeiten, für eine einseitige Darstellung zu vergeuden! So wie auch jeder die Möglichkeit haben muss sich auch aktiv an den Aktionen der IG Metall zu beteiligen!

Die Satzung der IGM sagt unter **§ 2 Aufgaben und Ziele der IG Metall Abs. 1:**

Zusammenschluss aller im Organisationsbereich der IG Metall Beschäftigten zum gemeinsamen Handeln; sie bezieht alle Mitglieder zur Unterstützung mit ein.

Gehört eine Debatte über Nationalismus und ihre Folgen auf die Betriebsversammlung?

Ja!!! Denn dieses Thema ist bereits im Betrieb angekommen. Es wurde über solche Kollegen/Mitarbeiter versucht, die **alternative** zu verunglimpfen. Wir sind dadurch bei unserem Wahlkampf behindert worden. Sie hatten schon auf einer vorigen Betriebsversammlung gedroht: wenn wir unsere Meinungsfreiheit zu den Kriegstreibern äußern „könnte der blutige Konflikt auch hier bei uns im Betrieb stattfinden“. Leider hatte die damalige Werkleitung keinen Arsch in der Hose, dieses zu verurteilen. Obwohl diese Äußerung deutlich gegen das Grundgesetz gerichtet ist!!!

Die Satzung der IGM sagt unter §2 Absatz 3:

Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen.

Die Äußerung auf der Betriebsversammlung und auch noch danach, dass dieses Thema nicht in den Betrieb gehört ist verlogen! Das Thema ist längst schon im Betrieb. Es gab auch Zeiten, da waren gerade die ausländischen Kollegen froh, dass die alternative sich diesem Thema angenommen hatte. Da waren es deutsche Nationalisten die nicht uns sondern unsere Kollegen die aus anderen Ländern kommen bedrohten.

Jetzt wo es in unserem Werk anders herum geht und wir bedroht werden hat dies Thema hier nichts mehr zu suchen? Das ist doch Merkwürdig!

Wir lassen uns nicht bedrohen und werden weiter jeden verteidigen der bedroht wird.

So leugnen heute noch deutsche Nationalisten den Holocaust, sowie heute von anderen Nationalisten das Vorgehen und die Inhaftierung anders Denkender geleugnet werden.

Dieses anzuprangern, und in der Öffentlichkeit kundzutun gehört zu unserem Werteempfinden in unserer Gesellschaft.